

Wiener Gemeindevertreter beim Ministerpräsidenten.

Durchführung dringender Regierungs- maßnahmen.

Mittwoch vormittag erschienen die Obmänner der gemeinderätlichen Parteien, und zwar Ober-
rator Leopold Steiner, Dr. Hein und Reu-
mann, unter Führung des Bürgermeisters Doktor
Weiskirchner bei dem Ministerpräsidenten

Grafen Stürgkh, um die Forderungen und Wünsche der Gemeinde in Ausübung verschiedener Maßnahmen für die Approvisionierung Wiens und zum Schutze Wiens vor Seuchengefahr zu unterbreiten. Bei der Unterredung waren der Minister des Innern Freiherr v. Seibold, Handelsminister Dr. v. Schuster, Ackerbauminister Dr. Jenker und der Leiter des Finanzministeriums Freiherr v. Engel anwesend. Vor allem erneuerte Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Forderungen der Gemeinde Wien nach Aufhebung der Getreidezölle und verlangt von der Regierung die Einführung von Höchstpreisen im Großhandel mit Getreide sowie die Bestimmung eines Mähllohnes für die Mühlen. Sowohl der Bürgermeister wie die Gemeinderäte führten an der Hand von Beispielen den Nachweis, daß die steigende Tendenz der Getreide- und Mehlpreise zu Besorgnissen Anlaß gebe und daß es hoch an der Zeit sei, daß die Regierung mit entscheidenden Maßnahmen eingreife.

Unter Hinweis auf die von der Gemeinde Wien bereits überreichte Petition wegen Aufhebung der Verzehrungssteuer für Wildbret ergab die Diskussion, daß die Regierung die Geneigtheit zeige, auf diesen Petition einzugehen. Die Vertreter der Gemeinde forderten aber auch ein Ausfuhrverbot für Wildbret und Geflügel, da nur durch ein solches, in Verbindung mit der Aufhebung der Verzehrungssteuer, eine ausreichende und billige Fleischapprovisionnement Wiens durch Girsche und Hasen zu gewärtigen sei. Im Zusammenhang damit wurde auch die Aufmerksamkeit des Ministerpräsidenten auf das vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner dem Ackerbauministerium überreichte Gesuch der Gemeinde Wien um Bewilligung zur Einfuhr von 1000 Tonnen argentinischen Fleisches gelenkt und um dessen aufrechte Erledigung nachdrücklich gebeten.

Einen breiten Raum in der Besprechung mit den Vertretern der Regierung nahm die Frage der galizischen Flüchtlinge ein, und erklärten alle Vertreter der Gemeinde mit Entschiedenheit, daß es nicht angehe, weiter den Zuzug nach Wien zuzulassen, da Wien bereits überbesezt sei und ohnehin den sanitären Anforderungen nicht mehr genügt werden könne. Ebenso wurden die Vorkehrungen gegen Infektionskrankheiten besprochen, bei welcher Gelegenheit die Vertreter der Regierung die Absicht äußerten, eine große Anzahl von Spitalshäusern in Wien mit einem Fassungsraum von 10,000 Betten zu bauen.

Die Unterredung dauerte 2½ Stunden.